

Die Anleger vor Finanzpleiten schützen

ANLEGER Die Finanzkrise hat Missstände beim Vertrieb von Finanzprodukten offengelegt. Nun plant der Bund ein neues Gesetz. Heftige Debatten sind unausweichlich.

BALZ BRUPPACHER
balz.bruppacher@luzernerzeitung.ch

Es wurde auch schon mit dem Ungeheuer von Loch Ness verglichen: In regelmässigen Abständen kam in den letzten Jahrzehnten der Ruf nach einem umfassenden Gesetz für die Finanzbranche auf. Doch stets verschwand das Vorhaben wieder. Nun macht das Departement Widmer-Schlumpf aber ernst: Finanzdienstleistungsgesetz (Fidleg) nennt sich das Projekt, das am 10. September interessierten Kreisen vorgestellt wurde.

Anlegerschutz vor Finanzpleiten

Es knüpft an einen Bericht und ein Positionspapier der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht Finma über den Schutz der Anleger bei Finanzpleiten wie im Falle Lehman oder Madoff an. Die Schweiz laufe Gefahr, zum «Kundenschutz-Entwicklungsland» zu verkommen, warnte Finma-Direktor Patrick Raaflaub. Ende März dieses Jahres beauftragte der Bundesrat das Finanzdepartement (EFD), den Handlungsbedarf zu prüfen und gegebenenfalls für einen besseren Kundenschutz beim Vertrieb von Finanzprodukten zu sorgen.

Die unserer Zeitung vorliegenden EFD-Unterlagen zeigen, dass man im Finanzdepartement aufs Tempo drückt. Eine Projektorganisation mit fünf verwaltungsinternen Arbeitsgruppen ist seit Mai an der Arbeit. Dabei wird der Regulierungsbedarf in den Bereichen Vertrieb, Produkte, Unterstellung, grenzüberschreitendes Geschäft und Rechtsdurchsetzung geprüft. Im November 2013 soll die Vernehmlassung über das Finanzdienstleistungsgesetz eröffnet werden.

Paradigmenwechsel bei Aufsicht

Als Ziele werden die Verbesserung des Kundenschutzes und die Sicherstellung der Qualität der Finanzdienstleistungen genannt. Weiter strebt das EFD eine möglichst einheitliche Ausgestaltung der Anforderungen an den gesamten Finanzmarkt an. Eine dritte Stossrichtung betrifft die Erfüllung von internationalen Standards, um die Integrität zu schützen und um den Marktzugang im Ausland sicherzustellen.

Der Plan stellt einen Paradigmenwechsel dar. So sollen auch die rund 2600 unabhängigen Vermögensverwalter einer umfassenderen Aufsicht unterstellt werden. Die Notwendigkeit eines solchen Schritts wurde von den Behörden bisher bestritten beziehungsweise we-

gen der Gefahr der Überforderung der Behörden zurückgestellt. Man dürfe das Fuder nicht überladen, hiess es vor der Anfang 2009 erfolgten Fusion von Bankenaufsicht, Versicherungsaufsicht und Geldwäschereikontrolle.

Abschied vom Skipistenkonzept

«Mut zur Lücke» hatte Daniel Zuberbühler, ehemaliger Finma-Vizepräsident und langjähriger Direktor der Vorgängerbehörde Eidgenössische Bankenkommision, geraten und das Bild des Skipistenkonzepts gezeichnet. Dem breiten Publikum werde ein ausgebauter, angemessen regulierter Finanzsektor angeboten. Wer ausserhalb der Piste Varianten fahren wolle, solle dies auf eigene Verantwortung tun können.

Die Unterstellung der Vermögensverwalter wird von den Banken nach dem Motto der gleich langen Spiesse begrüsst. Auch mit einem Hintergedanken. Denn die Vermögensverwalter sind nicht nur Konkurrenten, sondern auch gewichtige Geschäftspartner der Banken. Durch die staatliche Aufsicht – so die Hoffnung der Banken – sinkt der eigene Kontrollaufwand bei der Auslese der Partner.

Wirtschaft gegen «Swiss Finish»

Die Banken warnen aber vor einem «Swiss Finish» beim Kundenschutz. «Anpassung ans EU-Recht wo nötig, mehr nicht», lautet die Maxime der Bankiervereinigung. Ins gleiche Horn stösst der Wirtschaftsdachverband Economie-suisse: «Überbordende Regulierungen, die die Kunden bevormunden und volkswirtschaftlich schädliche Effekte hervorrufen, werden strikte abgelehnt.» Das Finanzdienstleistungsgesetz müsse primär die Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes stärken.

«Viele Jäger sind des Hasen Tod»

Vorprogrammiert ist damit eine Kontroverse mit den Vertretern des Konsumentenschutzes (siehe Nachfragefragt). Sie haben zusammen mit der politischen Linken soeben eine Niederlage bei der Beratung des Kollektivanlagengesetzes im Parlament kassiert. Ein Hinweis, dass das von der Finanzkrise ausgelöste Regulierungspendel bald wieder in die andere Richtung ausschlagen könnte. Zumal auch innerhalb der Finanzbranche keine einheitliche Meinung herrscht. So wehren sich zum Beispiel die Versicherungen gegen einen Einbezug ins Finanzdienstleistungsgesetz. «Viele Jäger sind des Hasen Tod», bemerkt ein Finanzplatzexperte.



Konsumentenschützerin Prisca Birrer-Heimo

Droht nun eine Überregulierung?

Prisca Birrer-Heimo*, Sie haben die Parlamentsbeschlüsse zum Kollektivanlagengesetz (KAG) als zahnlos kritisiert. Ergreift die Stiftung für Konsumentenschutz darum das Referendum?

Prisca Birrer-Heimo: Nein, das Referendum ist kein Thema, auch weil es sich um eine komplizierte und schwer vermittelbare Materie handelt. Wir werden uns aber umso stärker dafür einsetzen, dass die Anlegerinnen und Anleger auf dem Finanzplatz besser geschützt werden. Noch immer verlieren Leute ihr hart erspartes Geld, weil beim Vertrieb von Finanzprodukten die Lehren aus der Finanzkrise nicht gezogen wurden.

Was sagen Sie zum Argument, dass der Finanzplatz mit der KAG-Revision gestärkt wird?

Birrer-Heimo: Da bin ich skeptisch. Es ist im Gegenteil zu befürchten, dass wir uns mit diesem Gesetz neue Reputationsprobleme einhandeln. Zum Beispiel durch die Zulassung von Zweigniederlassungen ausländischer Vermögensverwalter mit Sitz in Steuerparadiesen.

Wo wollen Sie jetzt ansetzen?

Birrer-Heimo: Die Verbesserung des Kundenschutzes muss als zentrales Anliegen beim neuen Finanzdienstleistungsgesetz verwirklicht werden. Die Vorschläge der Finma, die beim Vertrieb von Finanzprodukten ansetzen, gehen in die richtige Richtung, sind aber noch verbesserungsfähig. So muss zum Beispiel auch das Problem der Retrozessionen, also der Zahlungen von Dritten wie zum Beispiel von Banken an Finanzprodukteverkäufer, klar geregelt werden.

NACHGEFRAGT

Die bürgerliche Mehrheit im Parlament warnte vor einer Überregulierung und einem unverhältnismässigen Aufwand für die Vermögensverwalter.

Birrer-Heimo: Bei den Vermögensverwaltern handelt es sich um eine sehr heterogene Gruppe, zu der auch Kleinunternehmen gehören. Ich verstehe deren Sorgen wegen behördlicher Auflagen und Bürokratie durchaus. Die Schweiz kann es sich aber nicht leisten, hinter dem europäischen Standard zurückzubleiben. Auch aus Gründen des Marktzugangs nicht. Einmal mehr laufen wir Gefahr, erst unter ausländischem Druck überstürzt reagieren zu müssen.

Die Wirtschaft möchte die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit ins Zentrum stellen.

Birrer-Heimo: Wir machen uns auf ein hartes Ringen für den Anlegerschutz gefasst. Unsere grösste Sorge ist der Faktor Zeit. Nach den jetzigen Plänen wird das Gesetz frühestens 2014 oder 2015 in Kraft treten. Wir riskieren, dass bis dann weiterer Schaden zum Nachteil der Kundinnen und Kunden angerichtet wird.

INTERVIEW BALZ BRUPPACHER

HINWEIS

* Prisca Birrer-Heimo ist Präsidentin der Stiftung für Konsumentenschutz.



Mit dem neuen Gesetz sollten Anleger vor Finanzpleiten wie der Bank Lehman Brothers geschützt werden. Im Bild wird ein Firmenschild der Bank zum Aktionär Christie's gebracht.

AP/Kirsty Wigglesworth

Wann erholen wir uns wirklich?



Maurice Pedernana.
Bild Stefan Kaiser

Sonntag – ein Tag der Erholung? Die Kolumne liegt vor, und wenn Sie diese nicht lesen, haben Sie schon wieder fünf Minuten Freiheit gewonnen. Oder verloren, weil Sie etwas Wichtiges verpasst haben könnten?

Auch am Sonntag herrscht in uns ein unerbittlicher Kampf um das Tun oder Unterlassen, um die richtige Balance zwischen Handeln und Ruhen. Es gibt diejenigen, die glauben, als wären sie von Duracell-Batterien angetrieben, sie könnten immer arbeiten, sie müssten immer erreichbar sein, und sie wollen immer ein Mail oder SMS versenden können.

In den USA habe ich oftmals erlebt, dass der Blick in einem Gespräch unter vier Augen häufiger das Smartphone als die Augen des Gesprächspartners gesucht hat. In Indien ist das selbstverständlich so, und wenn ein Mail nicht auch sonntags innert

zwei Stunden beantwortet wird, hält man dich für tot.

Es gibt auch Führungskräfte, die Control-Freaks sind. Sie haben nicht wirklich verstanden, wie ein gutes Management-Reporting aussieht, haben kaum unternehmerisch handelnde Kaderleute und mischen sich in allerlei Details ein, auch wenn diese nicht zu ihrer besonderen Sachkunde zählen. Die Unternehmenskultur ist von Misstrauen geprägt.

AUSSICHTEN

Das permanente Nachjagen von neuesten Entwicklungen, die falsch interpretiert werden, rauben dem Chef den Schlaf. Permanent sieht man sich einer schlechten Welt gegenüber. Die sehr hohen Wachstumsraten, die auf dem Hintergrund eines allzu optimistischen Budgets beruhen, werden nur zur Hälfte erreicht. Der eigene Vertrieb sei schuld dran, auch der After-Sales-Service lasse in jüngster Zeit nach.

Dabei müsste sich nur jeder mehr einsetzen.

Der Schraubenhändler Reinhold Würth lässt keine Ausreden gelten. Trotz Rezession in Südeuropa will der deutsche Konzern wie jedes Jahr 8 bis 9 Prozent wachsen. Wer erst um 9.30 Uhr bei seinem ersten Kunden auftaucht, habe «120 Verkaufsminuten sinn- und nutzlos verplempert», schreibt er seinem Aussendienst.

Die schlechten Chefs verlassen dann um 16.59 Uhr das Büro, mit Bergen von Dossiers, die möglichst überarbeitet an die nächstmorgendliche 8-Uhr-Sitzung mitgebracht werden sollen. Das Zückerchen ist dann der 5000-Franken-Bonus im März, und falls jemand vorher kollabiert ist, wird er sowieso von der Liste gestrichen.

Die vermeintlich guten Chefs sind vorbildlich, bleiben selbst lange im Büro, zehren an den eigenen Kräften und bald an den Nerven ihres Umfelds. Ihre Ungeduld und Reizbarkeit steigt, als Spiegel des eigenen Versagens. Müde leiten sie sogenannte «Meetings», immer mehr muss «asap» (as soon as

possible – das heisst: sofort) erledigt werden. Sitzungen reihen sich an Sitzungen, aber die Worte werden immer fahriger, die Metaphern wirken abgedroschen. Neue Ideen sucht man vergebens. Zeit zum Nachdenken bleibt nicht mehr. Aufbruchstimmung herrscht unter den Mitarbeitern höchstens noch, wenn sie das Büro verlassen und in ihrer Freizeit die Kletterwand mit einem neuen Schwierigkeitsgrad überwinden.

Geschäftsberichte durfte dieser Chef früher nie ins Schlafzimmer bringen. Sie hat mit der Scheidung gedroht. Heute nimmt er mit dem iPad fast das ganze Büro mit ins Bett und hofft, dass sie mit ihrem iPhone nichts davon merkt. Guter Sex liegt zwei Jahre zurück. Das letzte verlängerte Wanderwochenende ohne Smartphone sogar drei. Was naht, ist wohl der Herzinfarkt. Oder wann erholen Sie sich wirklich?

MAURICE PEDERNANA

HINWEIS

► Maurice Pedernana (47) ist Professor für Banking and Finance an der Hochschule Luzern – Wirtschaft und Studienleiter am Institut für Finanzdienstleistungen Zug (IFZ). Details dazu finden Sie ebenfalls auf dem Blog.